Rechtspopulistisch oder schon antidemokratisch?

„Wir“ und „die Anderen“ bei der *Alternative für Deutschland*

Von Philipp Lemmerich*

» Die AfD operiert gerne mit weichen Begriffen wie Kultur und Identität, Volkswillen und Meinungsfreiheit – und lenkt damit ab vom antidemokratischen Kern ihres Programms. Eine politische Kommunikation, welche die Partei offensichtlich stärkt. Deshalb ist es wichtig, den antidemokratischen Charakter der Partei und ihrer Positionen genauer zu analysieren.

Der Begriff „Rechtspopulismus“ hat Hochkonjunktur. Donald Trump, die Brexit-Befürworter, Marine Le Pen und natürlich die AfD, sie alle gelten als Rechtspopulisten. „Populist“ ist ein Begriff, der den politischen Gegner diskreditieren soll. Dieser semantische Trick verkehrt sich allerdings schnell ins Gegenteil, wenn die „Populisten“ den Versuch der Abwertung als Bestätigung verstehen. Auf dem Gründungsparteitag der AfD 2013 gab Konrad Adam, einer der Gründungsmitglieder, zu bedenken, man müsse selbstbewusst genug sein, den Vorwurf Populist „als Auszeichnung zu betrachten“ (1).

Seitdem hat sich nichts an der inflationären Verwendung des Begriffes geändert, im Gegenteil:. Die AfD startete mit wirtschaftsliberalen Positionen und einer guten Prise Euroskeptizismus, erlebte später mit der Erfurter Resolution 2015 ihren „radical turn“ und fiel danach hauptsächlich durch rechtsradikale Ausfälle und den Schulterschluss mit der fremdenfeindlichen PEGIDA-Bewegung auf – ganz gleich, wie sie sich darstellte, sie galt stets als „rechtspopulistisch“. Dabei ist die Partei so scharf nach rechts abgebogen, dass berechtigterweise die Frage gestellt werden kann, ob das verbale Schwert „Rechtspopulismus“ nicht längst zu stumpf geworden ist.

Es lohnt also, sich den Begriff noch einmal genauer anzusehen. Der niederländische Populismus-Forscher Cas Mudde definiert Populismus als eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei Gruppen trennt, in „das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘“, und die geltend macht, „dass Politik ein Ausdruck der volonté générale oder des allgemeinen Volkswillens sein soll“ (2). Ein Blick in das 2016 verabschiedete AfD-Grundsatzpapier, das die Leitlinien der politischen Forderungen der Partei vorgibt, liest sich wie eine Paraphrasierung von Muddes Definitionsversuch: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. (...) Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht (...), die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“ Diesen „korrupten Apparatschiks“ der „etablierten Parteien“ wird das „Staatsvolk“ als demokratischer Souverän entgegengestellt: „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (3)

---

* Philipp Lemmerich, ist freier Journalist und Politikwissenschaftler. Im Forschungsprojekt *Fremde im eigenen Land?* an der Universität Leipzig untersucht er zurzeit Narrative über die Nation und andere kollektive Identitäten in Deutschland. Er veröffentlicht größtenteils im öffentlich-rechtlichen Hörfunk und betreibt die gemeinnützige Medienagentur *JournAfrica*.

Die politische Gegenüberstellung zwischen Eliten und dem „einfachen" Volk ist so alt wie die Politik selbst. Doch wie der Princeton-Professor Jan-Werner Müller hervorhebt, geht es den Populisten unserer Tage nicht um eine empirische Bestimmung von Bevölkerungsgruppen mit oder ohne Zugang zu Macht, sondern um eine symbolisch-moralische: „Wir sind das Volk!" will heißen „Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk". (4) Populisten seien zwangsläufig antipluralistisch, so Müller weiter. Wer ihnen widerspreche, gehörte schlichtweg nicht zum wahren Volk.

Im Ernstfall: Ausgrenzung

Würde die Beschäftigung mit der Programmatik der AfD an dieser Stelle enden, wäre das Label „Populisten" folgerichtig und gerechtfertigt. Doch bei einem genaueren Blick auf die Grundsatzprogramme und Debattenbeiträge der Partei wird rasch deutlich, dass das Politikverständnis der AfD noch viel stärker von Dichotomien bestimmt ist als nur zwischen „Volk" und „Elite". (5)

Götz Kubitschek, einer der Vordenker der Neuen Rechten, bemerkte in einem Briefwechsel mit dem Münchner Soziologen Armin Nassehi, dass ihm zwar „so manches gut erzogene Migrantenkind" sympathischer sei „als jene anmaßenden deutschen Rotzlöffel". Doch wenn der Ernstfall den „sozialen, staatlich finanzierten Reparaturbetrieb zum Erliegen bringt, wird sich jeder sofort daran erinnern, wer ‚Wir' ist und wer ‚Nicht-Wir'. (...) Die Gruppenexistenz des ‚Wir' im nationalen und damit auch ethnisch gebundenen Sinn ist unhintergehbar". (6) Will heißen: Im Ausnahmezustand ist Zugehörigkeit keine politische Kategorie mehr, sondern eine ethnische. Das Kollektiv hat klare Grenzen.

Es wäre allerdings zu einfach, der AfD ein biologisches oder rassisches Verständnis von ethnischer Zugehörigkeit unterzuschieben. Nach den Verbrechen von Nationalsozialismus und Faschismus, die maßgeblich auf biologisch motivierten Ausschlüssen beruhten, ist ein solches Weltbild derart verpönt, dass es für eine politische Partei mit ernstzunehmenden Ambitionen grob fahrlässig wäre, sich seiner zu bedienen. (7) Stattdessen operiert die AfD viel stärker mit historisch unverdächtigen Begriffen wie beispielsweise der „Kultur".

Rettung des Abendlandes

So ist es vielfach erklärtes Ziel der Partei, „unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition" zu bewahren. Dies kann nur „in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes" (8) gelingen. Die Nation wird damit als kollektive Identität konstruiert, die den Bürgern „die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume" (9) bieten kann. Damit ist die AfD zunächst nicht alleine; auch andere Parteien versuchen gegenwärtig, mit Blick auf Globalisierung und Hypervernetzung den Nationalstaat als Identifikationsangebot zu reaktivieren. Doch kann die Zugehörigkeit zur „deutschen Nation" oder zum „deutschen Staatsvolk" aus der Perspektive der AfD eben nicht von jemandem erworben werden, der nicht ohnehin kulturell bereits dazugehört.

Die kulturelle Identität wird dabei nicht politisch definiert, sondern sie steht bereits im Vorfeld fest und ist damit vorpolitisch. Gleichzeitig sieht die AfD das kulturell definierte „Wir" dauerhaft in Bedrohung durch die kulturelle Fremdheit von Anderen (Migranten, Muslime usw.). „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden

© shutterstock.com

Die AfD macht über kleine Anfragen im Bundestag Politik.

und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit." (10) Die Politik müsse folgerichtig alles daran setzen, die Gefahr der kulturellen Fremdheit zu bannen. Will heißen: Kulturelle Identität ist nicht verhandelbar, und Politik existiert in erster Linie zu ihrem Schutz.

Wirkliche und absolute Feinde

Die aggressiven Äußerungen zahlreicher AfD-Vertreter besonders gegenüber muslimischen MigrantInnen erzeugen schnell den Verdacht, der Islam sei der zentrale Feind der Neuen Rechten. Doch wie der Hamburger Historiker Volker Weiß herausarbeitet, ist nicht der Islam an sich das Problem: „Anders als im universalistischen Denken spielen die realen Verhältnisse in Teheran, Riad, Istanbul oder Kabul keine Rolle." (11) Vielmehr gehöre der Islam schlichtweg nicht zu Europa, die Einwanderung von Muslimen sei eine „ethnische Bedrohung". Hinter dieser klaren Grenzziehung steht die Idee des sogenannten Ethnopluralismus. In dieser Vorstellung verfügt jede Kultur über einen angestammten Siedlungsraum, der nicht von Anhängern einer anderen Kultur infiltriert werden soll.

Im Kern antidemokratisch

Weiß verweist in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung zwischen „wirklichem" und „absoluten Feind", die auf Carl Schmitt zurückgeht. Der Islam sei für AfD und die Neue Rechte der wirkliche, sprich der sichtbare Feind. Doch auf einer abstrakteren Ebene verberge sich der absolute Feind, der schwerer zu lokalisieren sei, auf den aber die Bedrohung des Eigenen substanziell zurückgeht: der Liberalismus. „Die größte Bedrohung unserer Identität ist keine andere Identität", so Alain de Benoist, Counterpart von Götz Kubitschek in Frankreich (12), „sondern der politische Universalismus in all seinen Formen, der die Volkskulturen und unterschiedlichen Lebensstile bedroht, und der sich anschickt, die Erde in einen homogenen Raum zu verwandeln." (13)

Solche Aussagen aktivieren eine rechtskonservative Urangst vor der universalistischen Gleichmacherei und kontern sie mit dem Wunsch nach kultureller Homogenität. Ideologisch betrachtet findet sich hier der Knackpunkt der AfD-Ideologie: Denn die Antwort auf die Frage, wer Teil ei-

nes politischen Kollektivs sein kann (und wem damit Staatsbürgerrechte zuerkannt werden) ist jeglicher politischen Verhandlung entzogen. Nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit und die damit verbundene Anerkennung als politisches Subjekt ist das zentrale Kriterium der Zugehörigkeit, sondern die kulturalisierte Vorstellung ethnischer Homogenität. Diese Programmatik des Ausschlusses wendet sich nicht nur gegen Migranten, sondern auch gegen weite Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Hierin offenbart sich der antidemokratische Kern der „Alternative für Deutschland".

Diese Programmatik ist alles andere als ein Zufallsprodukt und nicht erst aus der komplexen Gemengelage der Migrationskrise der vergangenen Jahre hervorgegangen. „Die politische Agenda der Neuen Rechten ist seit Jahrzehnten ausformuliert", schreibt der Historiker Volker Weiß. Mit der AfD verfüge sie nun über die Möglichkeit, „ihre politischen Vorstellungen in die Parlamente zu tragen." (14)

Paradoxerweise hat die Politik der Negation und des konsequenten Ausschlusses all derjenigen, die den eigenen kulturellen Kriterien nicht entsprechen, der AfD bis dato nicht geschadet. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass der antidemokratische Charakter der Partei bisher nicht deutlich genug artikuliert wurde. Ob „Rechtspopulismus" in diesem Zusammenhang noch die richtige Kategorie bleibt, ist zu bezweifeln. Die Eingeübtheit des Begriffes suggeriert falsche Normalität. Sie impliziert, die Partei stünde innerhalb des demokratischen Grundkonsenses und sei eben nur eine rechte Ausprägung des links-rechten-Kontinuums. Doch eine Partei, die großen Teilen der Bevölkerung ihre politische Existenzberechtigung abzusprechen versucht, darf nicht zur Normalität werden. Sie verdient einen Begriff, der ihrem Wesenskern entspricht: antidemokratisch.

---

1 Zitiert nach: Häusler, Alexander / Roeser, Rainer (2016), *Die „Alternative für Deutschland" – eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?* In: Braun / Geisler / Gester, *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten*, S. 103.
2 Mudde, Cas (2004), *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition*, 39/3, S. 543.
3 Alternative für Deutschland (2018), *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, S. 15. Online abrufbar unter https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf.
4 Müller, Jan-Werner (2016), *Was ist Populismus? Ein Essay*, S. 18f.
5 vgl. Lewandowsky, Marcel (2016), *Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus* In: Häusler, Alexander (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, S.40.
6 Kubitschek, Götz (2014), *Brief an Armin Nassehi.* In: Nassehi, Armin, *Die letzte Stunde der Wahrheit: Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*, o. S.
7 vgl. Fredrickson, George M. (2004), *Rassismus. Ein historischer Abriß*, S. 144ff.
8 AfD (2018), a.a.O., S. 11.
9 AfD (2018), a.a.O., S. 33.
10 AfD (2018), a.a.O., S. 92.
11 Weiß, Volker (2017), *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, S. 211f.
12 Beide pflegen einen intensiven „intellektuellen" Austausch; vgl. Weiß (2017).
13 *„Auf den Trümmern des bürgerlichen Individualismus".* Alain de Benoist im Gespräch mit Arne Schimmer. In: *Hier & Jetzt* 15/2010, S. 30f.; zitiert nach Weiß (2017), a.a.O., S. 219.
14 Weiß (2017), a.a.O., S. 26f.